

Krach, Krise, Koalitionsbruch?

Die Auseinandersetzung ums Heizungsgesetz ist eskaliert.
Die Union macht den Streithähnen ein unmoralisches Angebot.

JETZT SOLLEN DIE LÄNDER LIEFERN

► Mitten im Ringen um das Heizungsgesetz zeichnet sich der nächste Konflikt bei dem Thema ab. Die Länder sollen nach dem Willen der Bundesregierung in den kommenden Jahren **Pläne vorlegen, wie die Wärmewende vor Ort umgesetzt werden soll**. Für Großstädte sollen diese Wärmepläne bis Ende 2026 fertig sein, kleinere Städte sollen zwei Jahre länger Zeit haben, wie aus einem Gesetzesentwurf (Stand: 3. Mai) der Bundesregierung hervorgeht.

► **Verantwortlich dafür sollen die Bundesländer sein**, die diese Aufgabe jedoch direkt an die Kommunen übertragen können. Sie sollen Angaben machen, wie in konkreten Gebäuden oder Unternehmen geheizt und wie viel Energie verbraucht wird. Konkret sollen etwa „gebäude-scharfe jährliche Endenergieverbräuche leitungsgebundener Energieträger der letzten drei Jahre in Kilowattstunden pro Jahr“ möglichst erfasst werden, dazu Adresse, Nutzung und Baujahr. Auch zu Wärmenetzen will die Regierung Informationen sammeln – darunter die Auslastung oder Trassenlängen.

► **Bauministerin Klara Geywitz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)** hatten den kommunalen Wärmeplan bereits angekündigt. Habeck begründete das Vorhaben damit, dass die Wärmewende nur vor Ort umgesetzt werden könne, es aber einen starken Bedarf nach Koordinierung gebe.

► **Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnte**, der akute Personalmangel in den Kommunen könne das Vorhaben gefährden. Bis 2035 werde ein Drittel der Beschäftigten ausscheiden, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. „Das wird ein Hemmschuh auch bei der kommunalen Wärmeplanung.“

► **Lob kam vom Verband kommunaler Unternehmen**. Mit den Wärmeplänen hätten Kommunen Freiraum für Lösungen, die am besten geeignet und die kostengünstigsten für Bürger seien. „Sie können anhand der Pläne ihrer Kommune sehen, ob wirklich nur eine Wärmepumpe mit Anschluss ans Stromnetz in Betracht kommt oder die Möglichkeit entstehen wird, ans Fernwärmenetz angeschlossen zu werden oder das Gasnetz vor der Tür auf grüne Gase, wie Biometan oder Wasserstoff, umgerüstet werden soll.“ Ein detailliertes Kataster werde nicht gebraucht.

► **Die Opposition kritisierte** den Plan der Ampel als realitätsfern. „Nach dem Heizhammer kommt der grüne Heizpranger“, sagte CSU-Generalsekretär Martin Huber. Mit dem Sammeln der Daten über die Heizgewohnheiten von Bürgern wollten die Grünen ein „Bürokratiemonster“ schaffen. Federführend bei dem Gesetz ist allerdings das SPD-geführte Bauministerium.



Wie es mit dem Heizungsgesetz weitergeht, ist ungewiss. Die Zukunft der Koalition ebenso.
Fotos: epd/dpa



Von Hagen Strauß

BERLIN. Nach dem koalitions-nären Heizungsgau am Dienstag verlagerte sich der Ampel-Streit zunächst einmal in die sozialen Netzwerke. Dort tobten ein Hauen und Stechen, vor allem zwischen FDP und Grünen. Nun, so schimpfte zum Beispiel eine Liberale, würden die Grünen als Retourkutsche das Wiederaufbau-Gesetz fürs flutgeschädigte Ahrtal blockieren. Das sei gelogen, kam prompt als Reaktion. Die FDP wiederum sei eine „unzuverlässige und destruktive Clique“. Das Netz, voll von gegenseitigen Vorwürfen. Die Koalitionskrise verpackt in viele unschöne Tweets.

Die SPD soll „alle von den Bäumen holen“

Am Tag nach der Entscheidung, wegen fehlender Einnahme des Heizungsgesetz noch nicht in den Bundestag einzubringen, versuchten führende Genossen dann auch, ein wenig zu beruhigen. Krach, Krise, Koalitionsbruch? „So würde ich das nicht sehen“, sagte einer auf den Fluren des Bundestages. Es sei

jetzt Aufgabe der SPD, „alle wieder von den Bäumen zu holen“.

Die Genossen wollen es also richten. Nur wie? Schließlich ist man selber nicht gut auf die Koalitionspartner zu sprechen. Auf die FDP nicht, die aus Existenzangst querschiesse, und auf die Grünen nicht, deren Minister Robert Habeck ein „so schlechtes Gesetz“ vorgelegt habe. Habeck musste sich am Mittwoch erneut im Wirtschafts- und Energieausschuss rechtfertigen; insbesondere wegen des Vorwurfs der Vertennwirtschaft.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hatte den Liberalen am Montag bereits eine Art Ultimatum gestellt, sie hätten nun 24 Stunden Zeit, der ersten Lesung des Gesetzes zuzustimmen. Das verpuffte. Dann ist da noch der Kanzler, offenkundig nicht eingreifend, weitgehend still, sodass die Union Olaf Scholz (SPD) genüsslich aufforderte,

doch bitteschön seine Richtlinienkompetenz einzusetzen. Um zwei Ampelparteien dann auch gleich ein unmoralisches Angebot zu machen: „Wer den Menschen jetzt Planungssicherheit geben möchte, schließt sich uns an. Unser Angebot steht – SPD und FDP haben es in der Hand“, so CDU-Generalsekretär Mario Czaja gegenüber dem Berliner Büro dieser Zeitung. CDU-Vize und Klimaexperte

Andreas Jung erklärte, es sei „eine klimapolitische Bankrotterklärung“, dass sich die Ampel noch nicht einmal in Verfahrensfragen einigen könne: „Jetzt ist die Stunde der Opposition.“ Und die stünde bereit, sollte die Koalition über den Heizungen zerberechen? „Das ist nicht unser Thema“, antwortete Jung. „Olaf Scholz hat sich als Klimakanzler plakatiert. Es ist seine Aufgabe, mit seiner Re-



Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz
Foto: dpa

„Die Herausforderungen sind immens“

Die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm fordert eine breite Akzeptanz für das neue Heizungsgesetz

BERLIN. Die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm von der Uni Erlangen-Nürnberg mahnt beim Heizungsgesetz gezielte und wirksame Förderungen für die Bürger an.

INTERVIEW

Frau Professor Grimm, die Bundesregierung hat mit dem Hin und Her beim Heizungsgesetz bereits viel Vertrauen verspielt. Warum ist das so problematisch?

In Zeiten großer Unsicherheit teilt die geplante Reform des Gebäudeenergiegesetzes die deutschen Haushalte zu fast gleichen Teilen in Befürworter und Kritiker – das hat eine Befragung der Bevölkerung durch den Sachverständigenrat für Verbraucherfrä-

gen ergeben. Entscheidend wird es sein, eine hohe Akzeptanz zu erzielen, ohne das Ziel eines wirksamen Klimaschutzes im Gebäudesektor durch Aufweichen des Gesetzes aufzugeben. Die Herausforderungen sind immens: Immerhin werden heute noch etwa 75 Prozent des Gebäudebestands fossil beheizt. Rund 40 Prozent der Heizkessel sind älter als 20 Jahre.

Was kann die Koalition tun, um Vertrauen und Rückhalt für das Gesetz zurückzugewinnen?

Die Parlamentarier sollten darauf achten, dass die Haushalte durch die Reform des Heizungsgesetzes nicht überfordert werden. Insbesondere der Rahmen der finanziellen Entlastung muss realistisch

kalkuliert werden. Es gilt, die Hauseigentümer gezielt zu entlasten und zugleich die Staatsfinanzen nicht zu überfordern.

Was darf nicht passieren?

In der aktuellen Diskussion werden verschiedene Anpassungen auf Kosten des Klimaschutzes diskutiert: Nimmt man etwa die Rentner von den Verpflichtungen aus, so wird das Gesetz zum zahnlösen Tiger. Gerade Rentnerinnen und Rentner leben weit überdurchschnittlich häufig in Wohneigentum und entscheiden

selbst über das Heizsystem. Ihre Immobilien sind oft in einem schlechten energetischen Zustand. Ihre Wohnfläche pro Kopf und somit der zu beheizende Wohnraum ist groß.



Veronika Grimm
Foto: Bundesregierung/
Steffen Kugler

Welche Konsequenzen hätte es, wenn man die Rentner ausnimmt?

Nimmt man die Rentner aus, so sollte man auf Vorschläge zurückkommen, die zuletzt nicht ambitioniert genug weiterverfolgt wurden, etwa die Schärfung des nationalen Emissionshandels zur Durch-

setzung der Emissionsreduktionsziele im Wärmesektor. So wären Rentnerinnen und Rentner zwar beim Tausch der Heizung nicht gezwungen, sofort klimafreundliche Systeme einzubauen. Die zu erwartenden Heizkosten würden das aber attraktiv machen. Zusätzlich wäre der Anreiz zur Gebäudesanierung hoch. Und bei einer Pro-Kopf-Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung im Rahmen eines Klimageldes würde die Kostenbelastung abgedefert. Haushalte mit niedrigem Einkommen würden im Durchschnitt sogar netto entlastet, da ihre CO₂-Fußabdrücke und somit ihre CO₂-Kosten relativ gering sind und das Klimageld diese Kosten überkompensiert.

Hinter den Kulissen war zu erfahren, dass über drei Punkte der Konflikt womöglich entschärft werden könnte: durch deutlich längere Fristen beim Heizungsumbau, durch eine Ausweitung der Förderung etwa auch auf Vermieter mit vielen Wohnungen, „klassische FDP-Klientel“, so ein Insider. Und „durch mehr Technologieoffenheit durch Regelungen für das Heizen mit Biomasse oder Holzpellets“, ergänzte der SPD-Mann.

Verabschiedung noch vor der Sommerpause?

Sozialdemokraten und Grüne drängen jedenfalls weiter auf die Verabschiedung vor der Sommerpause. Aus der FDP hieß es, man wolle sich nach wie vor nicht festlegen.

Den Streit über das Heizungsgesetz werde man den Grünen aber „nicht dauerhaft“ übernehmen. Ob das umgekehrt genauso sein wird, ist offen.

In der aktuellen Stunde des Bundestags auf Antrag der Union schwappte der Konflikt zurück ins Parlament. „Sie maximieren Verunsicherung, Frust und Wut“, wettete Unions-Fraktionsvize Jens Spahn (CDU). Demgegenüber versuchte die Koalition, einigermassen an einem Strang zu ziehen – auch durch Attacken auf die Opposition. SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch rief, die Union betreibe ein „übles Foulspiel“. Es fehlten Vorschläge von CDU/CSU. Der Fraktionsvize der Grünen, Andreas Audretsch, räumte freilich ein, die Debatten seien „hart geführt“ worden. „Eine Vereinbarung in der Politik sollte etwas wert sein“, schoss er gegen die FDP. Audretsch forderte zugleich, die Blockade aufzulösen. FDP-Mann Lukas Köhler betonte: „Wir werden dafür sorgen, dass dies ein gutes Gesetz wird.“ Man wird sehen.

Was muss noch geschehen, um die Klimaziele zu erreichen?

Wirksamer Klimaschutz im Gebäudesektor kann letztlich nur mit einem ganzheitlichen Ansatz gelingen, der den Wechsel zu nachhaltigen Heizungssystemen anreizt, aber auch ermöglicht. Neben der CO₂-Bepreisung zählen dazu etwa der Ausbau von Fernwärmenetzen im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung sowie Maßnahmen zur energetischen Sanierung, möglichst im Zuge der Sanierung ganzer Quartiere. Wichtiger als das Tempo bei der Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes ist es, dass diese Gratwanderung gelingt.

Das Interview führte Birgit Marschall.